

10. Wahlperiode

15.10.1986
the-ro

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie

Protokoll

20. Sitzung (nicht öffentlich)

15. Oktober 1986

Düsseldorf - Haus des Landtags

9.00 bis 11.30 Uhr

Vorsitz: Abg. Skorzak (CDU) (Stellvertreter, bis 10.00 Uhr)
Abg. Maedge (SPD) (ab 10.00 Uhr)

Stenograph: Theberath

Tagesordnung:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1987
(Haushaltsgesetz 1987)

Drucksache 10/1250

hier: Einzelplan 08 - Minister für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie

Beratung der einzelnen Etatpositionen, beginnend mit den
Personalkosten

Der Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie tritt in die Einzelberatungen ein und behandelt den gesamten Personalhaushalt sowie den Sachhaushalt der nachgeordneten Behörden und der Kap. 08 010, 08 020 und 08 030 bis einschließlich Titel 682 10.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 12. November 1986: Fortsetzung der Haushaltsberatungen, und zwar des Sachhaushalts, beginnend mit Kap. 08 030 Titel 661 10

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
20. Sitzung

15.10.1986
the-ro

Aus der Diskussion

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1987
(Haushaltsgesetz 1987)

Drucksache 10/1250

hier: Einzelplan 08 - Minister für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie

Beratung der einzelnen Etatpositionen, beginnend mit den Per-
sonalkosten

Vor Eintritt in die Haushaltsplanberatungen erinnert Frau Abg. Thoben (CDU) an die vorige Ausschußsitzung, in der der Minister vorab seine Einschätzung des Energieberichts der Bundesregierung vorgetragen habe. Man habe daraufhin vereinbart, diesen Teil der zusätzlichen mündlichen Einbringungsrede des Ministers heute auch zur Diskussion zu stellen; sie fragt, ob dies zu Beginn oder irgendwann im Verlaufe der heutigen Sitzung geschehen solle.

Abg. Müller (Mülheim/Ruhr) (SPD) weist darauf hin, daß die Rede des Ministers zur Einführung in den Haushaltsplanentwurf 1987 schriftlich vorgelegen habe und dann in einer aktuellen mündlichen Ergänzung fortgesetzt worden sei. Er hätte es für geradezu abenteuerlich gehalten, wenn der Wirtschaftsminister bei Einbringung seines Haushalts nicht noch erläuternde Worte im Ausschuß selbst gefunden hätte.

Was den Energiebericht der Bundesregierung betreffe, so könne man darüber im Laufe der Sitzung beim Aufruf von Haushaltspositionen diskutieren, die mit Energiepolitik zu tun hätten. Im übrigen werde man sich in der anschließenden gemeinsamen Sitzung mit dem Umweltausschuß ebenfalls mit Fragen der Energiepolitik befassen. Für die jetzige Sitzung bitte er, entsprechend der ausgedruckten Einladung mit der Beratung des Personalhaushalts zu beginnen.

Frau Abg. Thoben (CDU) erklärt sich damit nicht einverstanden. Sie habe bereits in der vorigen Sitzung beanstandet, daß der Minister völlig abseits des Haushalts eine ausführliche Einschätzung eines Energieberichts der Bundesregierung vorgenommen habe, der den Ausschußmitgliedern zum damaligen Zeitpunkt noch gar nicht vorgelegen habe. Und sie habe ja auch deswegen darauf bestanden, diese Ministerrede im Wortlaut noch vor der heutigen Sitzung zu erhalten, weil man heute darüber habe reden wollen.

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
20. Sitzung

15.10.1986
the-ro

Abg. Müller (Mülheim/Ruhr) (SPD) gibt zu bedenken, daß der Minister nur in einem kleinen Teil seiner wesentlich umfassenderen Rede auf den Energiebericht der Bundesregierung eingegangen sei und im übrigen die Schwerpunkte des Einzelplans 08 dargestellt habe.

Ansonsten, so wendet Frau Abg. Thoben (CDU) ein, habe sich der Minister neben der Vorabbewertung des Energieberichts der Bundesregierung auch noch auf das Papier "Thesen und Fakten zur Wirtschaftsentwicklung in 1985 und im ersten Halbjahr 1986" beziehen wollen, das der CDU - im Gegensatz zur SPD - ebenfalls nicht vorgelegen habe. Sie lege Wert darauf, daß über diese beiden Punkte, zu denen sich die CDU in der vorigen Sitzung nicht äußern können, in der heutigen Sitzung gesprochen werde - wie man es in der vorigen Sitzung auch vereinbart habe, in der Abg. Müller (Mülheim/Ruhr) (SPD) mit ihrer Auffassung gewesen sei, daß diese Dinge für den Ausschuß neu seien.

Abg. Müller (Mülheim/Ruhr) (SPD) regt an, gleichwohl entsprechend der ausgedruckten Tagesordnung die "Beratung der einzelnen Etatpositionen, beginnend mit den Personalkosten", durchzuführen und im Rahmen dieser Beratungen über all das zu sprechen, was von den einzelnen Fraktionen für notwendig erachtet werde.

Frau Abg. Thoben (CDU) macht geltend, daß sie von der SPD-Fraktion noch keine Antwort auf die Frage erhalten habe, ob die anschließende gemeinsame Sitzung mit dem Umweltausschuß öffentlich sein werde. Falls diese Frage bejaht würde, wäre sie damit einverstanden, die Aussprache über die Stellungnahme des Ministers zum Energiebericht der Bundesregierung in dieser öffentlichen Sitzung zu führen.

In der Sache stimmt Abg. Tschöeltsch (F.D.P.) dem Standpunkt von Frau Abg. Thoben (CDU) zu; er gibt aber zu bedenken, daß nach dem augenblicklichen Stand der Dinge in der nächsten Woche im Plenum zu diesem Thema eine Regierungserklärung zu erwarten sei und man insofern möglicherweise von einer anderen Geschäftsgrundlage ausgehen müsse.

Frau Abg. Thoben (CDU) erklärt, sie könne sich auch an ein anderes Verfahren gewöhnen, als die besagten Teile der Rede des Ministers jetzt vorab zu beraten. Sie halte es jedoch für sehr ungewöhnlich, daß die SPD die Absprache aus der vorigen Sitzung so verdränge; denn schließlich sei Abg. Müller (Mülheim/Ruhr) (SPD) in der vorigen Sitzung mit ihrer Auffassung gewesen, daß man die Aussagen des Ministers zum Energiebericht der Bun-

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
20. Sitzung

15.10.1986
the-ro

desregierung - der diesem Ausschuß nicht vorgelegen, auf den der Minister aber größten Wert gelegt und an dem er aus nordrhein-westfälischer Sicht erhebliche Mängel festgestellt habe - in der heutigen Sitzung diskutieren sollte. Wenn sich die CDU dazu heute im Ausschuß nicht äußern könne, werde sie dies in der nächsten Woche im Plenum nachholen.

Unter Bezugnahme auf den Diskussionsbeitrag von Abg. Tschoeltsch (F.D.P.) teilt der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, Dr. Jochimsen, mit, daß die Regierung gegenwärtig nicht die Absicht habe, in der nächsten Woche eine Regierungserklärung abzugeben.

Die CDU-Fraktion habe gestern abend, so erklärt Frau Abg. Thoben (CDU), von der Landesregierung die Nachricht bekommen, daß in der nächsten Woche zum Energiebericht eine Regierungserklärung abgegeben werde. - Der Minister bekräftigt daraufhin seine Aussage: Zur Zeit habe die Landesregierung nicht die Absicht, in der nächsten Woche im Plenum dazu eine Regierungserklärung abzugeben.

Frau Abg. Thoben (CDU) hält dem entgegen, nach ihrem Kenntnisstand berate derzeit der Ältestenrat über die Zeitabfolge der nächsten Plenarsitzungen, die sich aus der Tatsache ergebe, daß die Regierung eine Regierungserklärung zur Energiepolitik abgeben werde.

Der stellv. Vorsitzende verweist auf die diesbezüglichen Aussagen des Ministers. Wenn sich neue Entwicklungen ergäben, werde die Landesregierung das sicher im Laufe der heutigen Sitzung mitteilen.

Er fragt, ob nunmehr Einvernehmen darüber bestehe, daß die Ausführungen des Ministers jetzt nicht vorab diskutiert würden.

Frau Abg. Thoben (CDU) stellt daraufhin fest, daß in der vorigen Ausschußsitzung im Einvernehmen zwischen den Fraktionen ein anderes Verfahren geplant worden sei. Abg. Müller (Mülheim/Ruhr) (SPD) widerspricht. Es sei nicht geplant gewesen, zu Beginn der heutigen Sitzung den Energiebericht zu diskutieren. Er habe jedoch keine Bedenken, jetzt einen Termin für eine weitere Sitzung zu vereinbaren und dann über die energiepolitischen und andere Fragen, die die CDU interessierten, zu diskutieren. Er bitte aber darum, die heutige Sitzung entsprechend der den Ausschußmitgliedern ordnungsgemäß zugegangenen Einladung abzuwickeln.

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
20. Sitzung

15.10.1986
the-ro

Frau Abg. Thoben (CDU) weist darauf hin, daß der Teil des Protokolls über die vorige Sitzung, der die Einlassungen des Ministers zu diesem Thema beinhalte, den Fraktionssprechern vorab zugeleitet worden sei. Sie fragt, worauf Abg. Müller (Mülheim/Ruhr) (SPD) diese Vorabzustellung eines Teils des Protokolls zurückführe, wenn nicht darauf, daß das in der vorigen Sitzung gemeinsam beantragt worden sei, um diesen Teil der zusätzlichen Ausführungen des Ministers heute diskutieren zu können.

Nach seiner Erinnerung, so erwidert Abg. Müller (Mülheim/Ruhr) (SPD), habe Frau Abg. Thoben (CDU) in der vorigen Sitzung darum gebeten, die Ausführungen des Ministers so schnell wie möglich schriftlich zu erhalten, um diese Einführungsrede des Ministers - und nicht etwa nur seine Einlassungen zum Energiebericht der Bundesregierung, die ja nur einen kleinen Teil der Rede ausmachen - in die Haushaltsplanberatungen einbeziehen zu können. Es spreche nichts dagegen, die Anmerkungen des Ministers zum Energiebericht der Bundesregierung in die Einzelberatung der entsprechenden Haushaltskapitel einzubeziehen.

Der Ausschuß wendet sich daraufhin den Einzelberatungen zu und beginnt gemäß der Einladung mit dem

Personalhaushalt.

(In diesem Protokoll sind nur die Kapitel aufgeführt, zu denen das Wort ergriffen wird.)

Kapitel 08 010 - Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Unter Bezugnahme auf die auf Seite 6 des Haushaltsplanentwurfs ausgewiesene Zunahme des Personalsolls um insgesamt vier Stellen fragt Abg. Heinemann (Enger) (CDU) nach der Richtigkeit von Informationen, wonach dieses Mehr auf Umorganisationen im Ministerium zurückzuführen sei.

Ministerialdirigent Tümpel (MWMT) erläutert, der Entwurf des Haushaltsplans 1987 enthalte gegenüber dem Haushaltsplan 1986 einschließlich der in Titelgruppen veranschlagten Stellen per Saldo eine Stellenvermehrung um vier Stellen. Diesem Zuwachs stehe eine Einsparung von drei Stellen im Einzelplan des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft gegenüber; es handele sich um einen Stellenwegfall zum Ausgleich von drei

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
20. Sitzung

15.10.1986
the-ro

Stellen beim Staatlichen Materialprüfungsamt Dortmund zur Verstärkung der dortigen Strahlenmeßstelle im Hinblick auf das Reaktorunglück in Tschernobyl.

Die vorgenommene Organisationsänderung finde also in diesem Haushaltsplan nicht ihre Abbildung; in ihm seien vielmehr nur die Stellenvermehrungen vorgesehen, die im einzelnen im Haushaltsplan begründet seien und im Ministerium ausschließlich den Aufgabenbereich "Wirtschaftsprüferangelegenheiten" betreffen.

Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß aufgrund des Bilanzrichtlinien-Gesetzes auf das Ministerium als die zuständige Landesbehörde eine Fülle von zusätzlichen Aufgaben für einen Zeitraum von drei Jahren zukämen. Ab 1. Juli 1986 bestehe die Möglichkeit, in die Übergangsprüfung hineinzukommen. Der eigentliche Antragsschwall sei ab 1987 zu erwarten. Dieser Aufgabe müsse sich das Ministerium als die Prüfungsbehörde mit einem eigenen Prüfungsamt und neuen Prüfungsausschüssen stellen. Wenn man bisher einen Prüfungsausschuß für diesen Bereich gehabt habe, so müsse man für die neuen Aufgaben aufgrund des Bilanzrichtlinien-Gesetzes insgesamt zehn neue Prüfungsausschüsse einrichten, und man müsse nicht, wie bisher, vielleicht vier bis acht, sondern möglicherweise 100 Prüfungen pro Jahr durchführen.

Es gebe unterschiedliche Schätzungen der einschlägigen Berufsorganisationen, wie viele sich für diese Prüfungen melden würden. Man gehe von bis zu 3 000 zusätzlichen Prüfungen gegenüber dem bisherigen Prüfungsaufwand von etwa 100 bis 200 Prüfungen aus.

Für die Bewältigung dieses zusätzlichen administrativen Aufwandes solle eine Stelle für die drei Jahre eingerichtet werden, in denen man die Prüfungen durchführen müsse. Sie sei deshalb auch mit einem kw-Vermerk versehen.

Außerdem seien im Ministerium gewisse Verschiebungen vom Angestellten- auf den Beamtenbereich vorgesehen. Es gehe dabei um zwei Stellen, die im Angestelltenbereich wegfielen und in Beamtenstellen umgewandelt würden, weil bestimmte Personen die Voraussetzungen für die Anstellung als Beamte erfüllten. Dem wolle man entsprechen, weil sie insoweit hoheitliche Aufgaben wahrnahmen.

Frau Abg. Thoben (CDU) erkundigt sich, ob den im Ministerium vorgenommenen Neuorganisationen eine fachliche Neuorientierung zugrunde liege und welche veränderten Schwerpunktsetzungen damit verfolgt werden sollten.

Der wesentliche Anlaß für die Umorganisation des Ministeriums war nach den Worten von Staatssekretär Vollmer (MWMT) die Tatsache, daß das Ministerium Aufgaben verloren und andere hinzu-

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
20. Sitzung

15.10.1986

the-ro

bekommen habe. - Auf die Zusatzfrage von Frau Abg. Thoben (CDU) nach internen Schwerpunktverschiebungen fügt der Staatssekretär hinzu, man habe nur bestimmte Schwerpunkte herausgestellt, die sich aus der Aufgabenstellung und der sachlichen Arbeit des Ministeriums ergäben. So seien in der Abteilung 2 die Aufgaben innerhalb der gewerblichen Wirtschaft konzentriert, zusätzlich sei die Gruppe "Außenwirtschaft" geschaffen, und in der Abteilung 5 seien alle Energiefragen zusammengefaßt worden. Die neue Gruppe "Strukturpolitik", so merkt er auf eine weitere Zusatzfrage von Frau Abg. Thoben (CDU) an, sei in der Abteilung 3 angesiedelt.

Abg. Heinemann (Enger) (CDU) geht auf Titel 427 20 - Vergütungen und Löhne für Aushilfen - ein. Aus dem Ansatz von immerhin 300 000 DM sollten fünf Personalaushilfen vorübergehend mit dem Ziel beschäftigt werden, "das gegenseitige Verständnis zu verbessern und die Gewinnung qualifizierter Nachwuchskräfte zu erleichtern". Er möchte wissen, welche Aufgaben diese Kräfte konkret wahrnehmen und wieviel im Jahre 1986 dafür ausgegeben worden sei.

MinDgt Tümpel (MWMT) erinnert daran, daß dieser Titel erstmals in den Haushaltsplan 1986 aufgenommen worden sei. Hintergrund dafür sei die Anregung insbesondere aus Organisationen der Wirtschaft gewesen, die Wechselbeziehungen zwischen Wirtschaft und Bürokratie dadurch herzustellen, daß Mitarbeiter aus der Wirtschaft für eine begrenzte Zeit im Ministerium aufgenommen würden, um kennenzulernen, wie eine oberste Landesbehörde arbeite, wie Wirtschaftsförderung betrieben werde, aber möglicherweise auch darauf aufmerksam zu machen, wenn sich die Behörde weit weg von der Wirklichkeit bewegen sollte. Umgekehrt werde übrigens von den Kammern auch immer wieder die Frage an das Ministerium herangetragen, ob es nicht möglich sei, Mitarbeiter für eine gewisse Zeit zu einer Beschäftigung in der Wirtschaft freizustellen, damit sie dort Erfahrungen sammeln könnten.

Der erstere Weg werde mit Hilfe dieses Titels beschritten, und zwar zum einen mit der Zielrichtung des Informationsaustauschs und der Förderung des gegenseitigen Verständnisses. Zum anderen werde damit auch der Versuch unternommen, qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen, denen auf diese Weise die Chance geboten werde, ein Jahr lang zu erproben, ob sie auf Dauer in einer solchen Bürokratie arbeiten könnten.

Abg. Heinemann (Enger) (CDU) fragt nach dem Ergebnis der Beschäftigung dieser Personalaushilfen in den ersten neun Monaten ihrer Tätigkeit. Er möchte wissen, ob es sich lohne, für diese Art von Beschäftigung 300 000 DM zur Verfügung zu stellen.

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
20. Sitzung

15.10.1986
the-ro

Unter Hinweis darauf, daß der Landeshaushalt 1986 erst im März verabschiedet worden sei und daß man erst danach auf die Mittel habe zugreifen und das Ausschreibungsverfahren habe in Gang setzen können, bittet MinDgt Tümpel um Verständnis dafür, daß er jetzt noch keinen Erfahrungsbericht geben könne; er sei aber gern bereit, dies zu gegebener Zeit zu tun. Abg. Heinemann (Enger) (CDU) bittet darum, so zu verfahren.

Abg. Schumacher (Kall) (CDU) gibt zu bedenken, ob man nicht in einen Konflikt mit der Wirtschaft darüber geraten könne, daß im Endeffekt über diesen Titel so etwas wie Abwerbung finanziert würde.

Er habe, so entgegnet MinDgt Tümpel (MWMT), eher den gegenteiligen Eindruck: daß die Wirtschaft genauso wie das Ministerium selbst interessiert daran sei, qualifizierte Mitarbeiter im Wirtschaftsministerium vorzufinden.

Er weist in diesem Zusammenhang auf den ganz untypischen Beamtenapparat des Wirtschaftsministeriums hin: Während in der Landesregierung ansonsten die Juristen dominierten, bestehe der Beamtenkörper des Wirtschaftsministeriums nur etwa zu einem Drittel aus Juristen, zu einem Drittel aus Volks- und Betriebswirten und zu einem weiteren Drittel aus Technikern.

Gerade bei den beiden letzteren Gruppen lege man großen Wert auf Praxiserfahrung, die sich allerdings im Laufe der Jahre auch verliere. Insofern gehe es einerseits um einen Erneuerungsprozeß; andererseits sei es genauso hilfreich, wenn diejenigen, die einmal Erfahrungen in der Behörde hätten sammeln können, vielleicht mit mehr Verständnis für die Arbeit der Behörde in die Praxis zurückkehrten.

Abg. Brinkert (CDU) steht dem Gedanken des Kommunikationshin- und -rückflusses grundsätzlich positiv gegenüber. Er fragt, ob es sich dabei nur um eine "Einbahnstraße" handle, auf der Personen aus Forschungseinrichtungen, Unternehmen der Wirtschaft und sonstigen Einrichtungen zum Staat kämen, um sich zu informieren, oder ob in umgekehrter Richtung auch Staatsbedienstete in den übrigen Bereichen tätig würden, um Erfahrungen zu sammeln.

MinDgt Tümpel (MWMT) räumt ein, daß man sich mit dieser Frage schon lange beschäftige. Man wüßte - und ein entsprechender Wunsch sei auch in der Wirtschaftsministerkonferenz zum Ausdruck gebracht worden -, daß die Personalsituation eine höhere Flexibilität ermögliche, damit Leerstellen für diesen Zweck geschaffen und interessierten Mitarbeitern Chancen er-

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
20. Sitzung

15.10.1986
the-ro

öffnet werden könnten, für einen begrenzten Zeitraum draußen etwa in Unternehmen der Wirtschaft zu arbeiten und anschließend den dabei erzielten Informationszugewinn in die Behörde einzubringen.

Abg. Tschoeltsch (F.D.P.) möchte wissen, ob die Regierung seiner Vorstellung folge, daß manche Wirtschaftsunternehmen oder Forschungseinrichtungen ein großes Interesse daran haben könnten, einen Mitarbeiter - vielleicht sogar unentgeltlich - für eine Tätigkeit im Wirtschaftsministerium abzustellen.

Er bittet darum, in dem angekündigten Zwischenbericht auch mitzuteilen, aus welchen Organisationen Mitarbeiter für eine Beschäftigung im Wirtschaftsministerium abgestellt worden seien.

MinDgt Tümpel (MWMT) betont, daß man alle diese Möglichkeiten des Informationsaustauschs nur gutheißen könne. So gebe es zum Beispiel mit der Unternehmerschaft Düsseldorfs ein Programm, nach dem Mitarbeitern des Ministeriums in Abständen immer wieder die Möglichkeit geboten werde, sich die Betriebswirklichkeit anzuschauen.

Staatssekretär Vollmer weist darauf hin, daß zum Beispiel die Techniker aus dem Wirtschaftsministerium durch ihre Fallbearbeitung ständigen Kontakt mit der Praxis hätten. Hinzu komme, daß sich die Ingenieure permanent an Ausbildungsveranstaltungen beteiligten und daß es im Ministerium auch ein internes Ausbildungsprogramm gebe.

Das Ministerium würde gern von der Möglichkeit einer weiteren Ausbildung seiner Bediensteten Gebrauch machen; denn man könne Mitarbeiter ja beurlauben. Bei der jetzigen sehr engen Personalausstattung lasse es der Arbeitsanfall aber nicht zu, dieser Möglichkeit in dem an sich gewünschten Maße nachzukommen. Andererseits dürfe man nicht übersehen, daß insbesondere für die Techniker und die Betriebswirte ein ständiger Umgang mit der Praxis notwendig sei, weil sie sonst ihre Aufgaben gar nicht erledigen könnten.

Abg. Brinkert (CDU) hält es - auch im Interesse des Ausgleichs des Haushalts - für denkbar, für den gleichen Zeitraum, für den man fünf qualifizierte Leute ins Ministerium hole und sie dort beschäftige, im Austausch vielleicht drei oder vier Bedienstete des Ministeriums an die entsprechenden Wirtschaftsunternehmen abzugeben.

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
20. Sitzung

15.10.1986
the-ro

Abg. Müller (Mülheim/Ruhr) (SPD), der darauf hinweist, daß die sich hinter dieser Haushaltsposition verbergende Grundidee zwischen den Fraktionen offenbar unstrittig sei, fragt, ob man bei den in der Erläuterungen aufgeführten "sonstigen Einrichtungen" im Prinzip auch die Gewerkschaften vermuten dürfe. MinDgt Tümpel (MWMT) bejaht diese Frage.

Kapitel 08 110 - Nachgeordnete Bergverwaltung

Abg. Müller (Mülheim/Ruhr) (SPD) möchte wissen, ob die Bergverwaltung für die nächsten Jahre im Hinblick auf die in Aussicht genommene weitere Entwicklung des Bergbaus im Lande - Stichworte: Nordwanderung des Steinkohlenbergbaus und neue Aufschlüsse bei der Braunkohle - personell gerüstet sei.

Staatssekretär Vollmer verweist auf die enorme und ständige steigende Arbeitsanspannung bei der Bergverwaltung. Man glaube aber, in der jetzigen Situation keine weiteren Personalanforderungen stellen zu können, und gehe davon aus, daß die Bergverwaltung die Aufgaben mit dem jetzigen Personalbestand erledigen könne.

Kapitel 08 120 - Geologisches Landesamt Krefeld

Abg. Tschoeltsch (F.D.P.) bittet um zusätzliche Erläuterungen zu den bei Titelgruppe 80 - Kosten für die Durchführung von Bodenforschungsaufgaben - in Titel 425 80 ausgewiesenen fünf neuen Stellen für Angestellte.

MinDgt Tümpel (MWMT) erläutert, das Geologische Landesamt werde in einem Kartenwerk die Nitratbelastung der Böden auf der Grundlage der Bodenkarte 1 : 50 000 darstellen. Diese Aufgabe, die gegenwärtig im Mittelpunkt aller Umweltschutzüberlegungen stehe, solle innerhalb von fünf Jahren erledigt werden. Die fünf Mitarbeiter seien für diesen Zeitraum zusätzlich erforderlich, um dieses Kartenwerk bis 1991 abzuschließen; es handle sich um kw-Stellen.

Kapitel 08 310 - Staatliches Materialprüfungsamt Dortmund

MinDgt Tümpel (MWMT) knüpft an seine Ausführungen zu Beginn der heutigen Haushaltsberatungen an und teilt mit, daß das Staatliche Materialprüfungsamt Dortmund für den Regierungs-

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
20. Sitzung

15.10.1986
the-ro

bezirk Arnsberg die zuständige Meßstelle im Rahmen der nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl angestellten Überlegungen sei, wie man dies in einem vergleichbaren Fall innerhalb der Landesverwaltung besser organisieren könne. Zur Erfüllung dieser vom Staatlichen Materialprüfungsamt für den Regierungsbezirk Arnsberg übernommenen Aufgabe benötige man drei zusätzliche Stellen.

Kapitel 08 320 - Beobachter der Länder bei den Europäischen Gemeinschaften

Die Frage von Frau Abg. Thoben (CDU), ob sich an dieser Einrichtung aufgrund der Überlegungen zur Einrichtung eines eigenen Landesbüros in Brüssel etwas ändern werde, verneint MinDgt Tümpel (MWMt). Er legt dar, daß die in diesem Kapitel ausgewiesene Behörde Aufgaben für alle Bundesländer übernehme und deshalb dem Land Nordrhein-Westfalen auch ein Teil der Kosten von den anderen Ländern erstattet werde. Die Überlegungen, die die Landesregierung im übrigen anstelle, um die Beziehungen zur EG zu intensivieren, seien davon nicht berührt.

Frau Abg. Thoben (CDU) fragt, welche Aufgaben denn der Beobachter der Länder noch wahrnehmen solle, wenn - wie man Zeitungsmeldungen entnehmen könne - immer mehr Bundesländer eigene Büros in Brüssel errichten wollten.

Nach Ansicht von Staatssekretär Vollmer ist es nicht auszuschließen, daß diese Frage eines Tages auftreten werde. Zur Zeit aber seien alle Bundesländer noch der Ansicht, daß der gemeinsame Beobachter in Brüssel notwendig sei. Aufgrund der hierüber zwischen den Bundesländern abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarung sei Nordrhein-Westfalen noch gehalten, diese Position im Haushalt auszubringen. Die von Frau Abg. Thoben (CDU) in einem Zwischenruf zum Ausdruck gebrachte Sorge, daß sich diese Behörde am Ende nur selbst verwalte, teile er nicht.

Abg. Maedge (SPD) regt an, die Entwicklung sorgsam im Auge zu behalten und sich nach Möglichkeit schon im Jahre 1987 mit dem Ausschuß vor Ort zu informieren, wie sich die Institution eines Beauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen in Brüssel bewährt habe und welche Rolle dann noch der Beobachter der Länder spiele.

Staatssekretär Vollmer macht deutlich, daß es sich dabei um zwei völlig verschiedene Systeme handele. Der Beobachter der Länder bei den Europäischen Gemeinschaften habe einen offiziellen Status,

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
20. Sitzung

15.10.1986
the-ro

den die - bisher von ihm so apostrophierte - "Lobby" nicht habe und wahrscheinlich auch nicht bekommen werde, weil die Bundesregierung dies nicht wolle.

(Um 10.00 Uhr übernimmt Abg. Maedge (SPD) den Vorsitz.)

Der Vorsitzende stellt fest, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt von den Fraktionen keine konkreten Vorschläge zu Änderungen im Personalhaushalt des Einzelplans 08 vorgebracht werden. Der Ausschuß wendet sich sodann dem

Sachhaushalt

zu und kommt überein, die nachgeordneten Behörden vorab zu beraten.

Kapitel 08 110 - Nachgeordnete Bergverwaltung

Unter Bezugnahme auf die bei Titel 512 10 - Bücher und Zeitschriften - ausgewiesene Ansatzserhöhung von 95 000 auf 110 000 DM fragt Abg. Schumacher (Kall) (CDU), ob die Bücher und Zeitschriften auch wirklich gelesen würden.

Staatssekretär Vollmer erwidert, da der Antrag vom Leiter des Oberbergamtes begründet worden sei, gehe er davon aus, daß die bestellten Bücher und Zeitschriften benötigt und somit auch gelesen würden. Angesichts des vom Oberbergamt abzudeckenden Gebietes und der neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Beispiel auf dem Gebiet der Bodenkunde, des Abfalls usw. - Themen, die Gegenstand der permanenten Diskussion über Energiefragen seien - schein ihm eine Ansatzsteigerung um 15 000 DM nicht zu hoch zu sein. Auch über die auf dem Gebiet der Braunkohle und im Zusammenhang mit der Nordwanderung der Steinkohle auftretenden Fragen gebe es ausführliche wissenschaftliche Literatur.

Man dürfe unterstellen, daß das Oberbergamt die Notwendigkeit der wissenschaftlichen Literatur kenne und sie auch gebührend benutzt werde.

Abg. Heinemann (Enger) (CDU) empfiehlt zu prüfen, ob nicht für neue Abonnements alte gestrichen werden könnten. Staatssekretär Vollmer sagt eine solche Prüfung zu.

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
20. Sitzung

15.10.1986
the-ro

In Beantwortung der Frage von Frau Abg. Thoben (CDU) nach den Gründen für die Ansatzverdoppelung bei Titel 536 20 - Für bergaufsichtliche Ersatzvornahmen - von 200 000 auf 400 000 DM verweist MinR Wenz (MWMT) auf die bereits im Jahre 1985 erfolgte Ist-Ausgabe von 408 000 DM. Man habe sehr viele solcher Fälle zu behandeln, insbesondere im südlichen Ruhrgebiet und auch im Siegerland, dem alten Erzbergbauggebiet, wo immer wieder Tagesbrüche bewältigt werden müßten.

Der Vorsitzende geht an dieser Stelle auf eine Problematik ein, die ihm vor einiger Zeit im Zusammenhang mit dem Braunkohlenbergbau vorgetragen worden sei: Bei Umsiedlungen hätten die - im allgemeinen relativ kleinen - aufnehmenden Gemeinden Vorleistungen zu erbringen, die ihnen in keiner Weise ersetzt würden und die sie nur unter großen Schwierigkeiten auffangen könnten. Dies reiche von der Beratung bis hin zur Erstellung von Bebauungsplänen. Er regt an, sich angesichts der nicht unbeträchtlichen Größenordnungen, um die es dabei gehe, mit diesem seines Erachtens berechtigten Anliegen außerhalb der Haushaltsberatungen im Ausschuß zu befassen.

Kapitel 08 310 - Staatliches Materialprüfungsamt Dortmund

Die Frage von Abg. Schumacher (Kall) (CDU) nach den Gründen für die Erhöhung des Ansatzes bei Titel 129 10 - Einnahmen aus Leistungsvergütungen für Materialprüfungen - um 600 000 DM beantwortet MinR Wenz (MWMT) dahin gehend, daß sich die vorgenommene Anhebung der Stundensätze im Jahre 1987 auswirken werde. MinDgt Tümpel (MWMT) fügt nach entsprechenden Zwischenfragen hinzu, die Stundensätze seien nach zwei Jahren im Schnitt um etwas über 10 % erhöht worden.

Abg. Brinkert (CDU) möchte wissen, ob diese Art von Ämtern unter dem Grundsatz der Kostendeckung arbeiteten. MinDgt Tümpel (MWMT) weist darauf hin, daß das Materialprüfungsamt auch die Funktion einer Wirtschaftsförderungseinrichtung wahrnehme. Sofern Leistungen von der Wirtschaft nachgefragt und abgenommen würden, könne das Amt kostendeckend arbeiten, und es gebe kein Amt, das in diesem Bereich einen vergleichbar hohen Kostendeckungsgrad aufweise.

Es gebe jedoch auch Leistungen, die nicht in dieser Weise nachgefragt würden, auf deren Erbringung man aber dennoch Wert lege. Er erinnert in diesem Zusammenhang an den Bergbau, für den das Materialprüfungsamt die amtliche Prüfungsstelle sei; für Aufgaben unter Tage werde dort ein Teil ganz spezifischer nordrhein-westfälischer Wirtschaftsförderung betrieben.

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
20. Sitzung

15.10.1986
the-ro

Eine entsprechende Frage von Abg. Schumacher (Kall) (CDU) zu Titel 811 10 - Erwerb von Dienstfahrzeugen - beantwortet MinR Wenz (MWMT) dahin gehend, daß ein Diesel-Lkw und ein Katalysator-Pkw beschafft würden.

Kapitel 08 010 - Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand und Technologie

Frau Abg. Thoben (CDU) erkundigt sich, ob die Ansatzminderung um über ein Drittel bei Titel 111 20 - Gebühren und Auslagen im Zusammenhang mit dem Genehmigungs- und Aufsichtsverfahren nach dem Atomgesetz - darauf zurückzuführen sei, daß die Landesregierung nicht beabsichtige, weitere Genehmigungen zu erteilen.

Der Ansatz sei nach dem bemessen, so erläutert MinDgt Tümpel (MWMT), was man im Jahre 1987 an Erstattungen erwarte. Zu diesem Zweck sei für die einzelnen Verfahren geprüft worden, welche Ausgaben dafür anfielen und was davon erstattungsfähig sei. Hierbei gebe es Schwankungen aufgrund des unterschiedlichen Anfalls von Gutachten. Beim SNR 300 beispielsweise habe man in 1986 4,1 Millionen DM benötigt, für 1987 vermindere sich dieser Betrag auf 1,5 Millionen DM - und dementsprechend geringer seien natürlich auch die Erstattungen. Die diesbezüglichen Ausgaben spiegelten sich in Titelgruppe 70 wider.

Frau Abg. Thoben (CDU) bezieht sich auf die Erläuterungen zu Titelgruppe 70:

Sofern jedoch Sicherheitsuntersuchungen an genehmigten Anlagen notwendig werden, ohne daß der Betreiber diese Maßnahme veranlaßt hat, trägt die Ausgaben die veranlassende Behörde.

Sie vermöge nicht einzusehen, wie angesichts der von der Landesregierung offiziell geforderten zusätzlichen Sicherheitsüberprüfungen aller Kernkraftwerke im Lande der Mittelansatz hierfür sinken könne.

Unter Hinweis auf die in diesem Jahr sehr frühzeitige Erstellung des Haushaltsplanentwurfs teilt MinDgt Tümpel (MWMT) mit, daß die von der Landesregierung aus dem Reaktorunglück von Tschernobyl gezogenen Konsequenzen in diesem Entwurf noch nicht hätten berücksichtigt werden können. Dies werde in die Ergänzungsvorlage eingehen, die von der Landesregierung im Augenblick vorbereitet werde.

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
20. Sitzung

15.10.1986
the-ro

Der Vorsitzende merkt an, daß es für die Arbeit des Ausschusses hilfreich wäre, wenn an den Stellen im Haushalt, an denen sich eine Ergänzung abzeichne, ein entsprechender Hinweis gegeben werden könnte.

Im Zusammenhang mit Titelgruppe 80 - Errichtung und Betrieb eines automatischen Fernüberwachungssystems für Kernkraftwerke (KFÜ) - fragt Abg. Harbich (CDU), was bisher daran gehindert habe, die Kernkraftwerke Würgassen und Hamm-Schmehausen an das KFÜ anzuschließen und ob die auf Seite 6 des Erläuterungsbandes Vorlage 10/587 erwähnten 4,9 Millionen DM für diese beiden - oder für welche anderen - Anlagen gedacht seien.

MinDgt Tümpel (MWMT) räumt ein, daß die Inbetriebnahme des automatischen Fernüberwachungssystems mehr Schwierigkeiten als erwartet bereitet habe. Dabei gebe es insbesondere Probleme mit der Software, die, da es entsprechende Software nicht zu kaufen gebe, neu habe erstellt werden müssen.

Mittlerweile laufe das System Würgassen zu 90 %. Beim Hochtemperaturreaktor sei man wegen seiner Besonderheiten noch nicht ganz so weit; man hoffe aber, das System bis Anfang nächsten Jahres in Gang bringen zu können.

Abg. Harbich (CDU) erklärt, hinsichtlich des Hochtemperaturreaktors nehme er die Aussage so entgegen; was jedoch Würgassen betreffe, so habe man Derartiges schon vor sechs oder sieben Jahren in Bayern gesehen. Er fragt, ob nicht eher die von der Landesregierung verlangten überspitzten Optimierungen der Grund dafür seien, daß hier so lange an dem System gearbeitet werden müsse.

MinDgt Tümpel (MWMT) macht geltend, daß die Verantwortung für diesen gesamten Bereich dem MWMT erst im letzten Jahr übertragen worden sei. Da er in die Zeit davor keinen Einblick habe, könne er die Frage weder bejahen noch verneinen. Er halte es aber für denkbar - und dies komme bei so hochkomplexen Vorhaben durchaus einmal vor -, daß man sich zunächst "einen zu kostbaren Anzug habe stricken wollen" und daß damit gewisse Schwierigkeiten zu erklären seien.

Frau Abg. Thoben (CDU) bittet den Minister um Auskunft, ob man nach seiner Meinung die Fernüberwachung des HTR auf Dauer brauche. Bejahendenfalls müßte man davon ausgehen, daß der HTR die Betriebsgenehmigung vom Ministerium bekommen werde. Minister Dr. Jochimsen antwortet, der HTR habe eine Betriebsgenehmigung, und entsprechend werde man vorgehen.

Abg. Tschoeltsch (F.D.P.) kommt auf die von MinDgt Tümpel erwähnten Probleme mit der Software zurück. In der Diskussion nach Tschernobyl habe man einvernehmlich zwischen allen Fraktionen und auch im Einvernehmen mit der Landesregierung bundeseinheitliche Standards angestrebt. Er fragt, ob dieses Vorhaben nicht mehr gelte; denn das Problem könne seiner Meinung nach nur auftreten, wenn man sich von den bundeseinheitlichen Standards entferne.

Leitender Ministerialrat Schöde (MWMT) macht deutlich, daß das Problem der Software nicht darin bestehe, w a s gemessen werde; denn dazu gebe es bundeseinheitliche Standards.

Es gehe vielmehr um die Frage, wie schnell die Daten fernübermittelt werden könnten. Die vor sechs Jahren auf der Grundlage einer noch völlig anderen Computergeneration entwickelte, sehr ehrgeizige Konzeption gehe vom Echtzeitbetrieb aus, wonach der Meßwert in der Sekunde seines Entstehens auch fernübertragen werde. Diese Echtzeitübertragung sei jedoch sehr viel schwieriger zu verwirklichen, als man das ursprünglich gedacht habe.

Man könne aber nun nicht mittendrin das Computersystem austauschen, für das man sich entschieden habe und das zudem noch im Tandem ausgelegt sei, damit im Falle des Defektes eines Computers der andere sofort dessen Aufgaben wahrnehmen könne.

Letztlich gehe es also um die sehr schwierigen Datenübertragungsverfahren, wofür zum Teil Postleitungen in Anspruch genommen würden, bei denen auch schon einmal Ausfälle zu verzeichnen seien; auf diesem Gebiet fänden im Augenblick Optimierungsarbeiten statt.

Frau Abg. Thoben (CDU) erklärt, ihres Wissens habe der HTR eine Genehmigung für den Probelauf. Nach den Auskünften von MinDgt Tümpel werde die Fernüberwachung frühestens im Laufe des Frühjahrs 1987 zur Verfügung stehen. Sie fragt nach, ob der Minister mit einer Dauergenehmigung für den HTR rechne.

Dies könne man nicht ausschließen, erwidert Minister Dr. Jochimsen. Er fährt mit dem Hinweis fort, daß die Meßstellen sowohl beim HTR wie in Würgassen vollständig aufgebaut seien. Man könne gegenwärtig unabhängig vom Betreiber alles messen, was für die Fernübertragung erforderlich sei. Dies sei jedoch keine Genehmigungsvoraussetzung.

Bayern habe ein solches System, wobei er die Qualität überhaupt nicht bewerten wolle; andere hätten es nicht. Die Landesregierung habe es damals - auch mit Unterstützung des Landtags - freiwillig übernommen. Es stelle sich nun das Dilemma, daß man an

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
20. Sitzung

15.10.1986
the-ro

zwölf Meßstellen beim HTR alles messen könne. Nur bekomme man es noch nicht übertragen und - worauf er natürlich Wert legen müsse - vor allen Dingen nicht bewertet übertragen; denn es nütze nicht viel, lediglich Datenkataloge zu erhalten, die man dann erst sortieren müsse. Absicht sei es vielmehr, klare Alarmanzeigen zu bekommen.

Auch bei Würgassen seien die Meßanlagen vollständig fertig, und die Übertragung finde seines Wissens auch vollständig statt. Das, was übertragen werde, sei der Landesregierung jedoch in dem Sinne noch nicht verlässlich genug, daß die Beamten vom Bildschirm direkt Gefahrenhinweise ablesen könnten.

Der Minister stellt abschließend fest, daß es leicht sei, eine solche Aufgabe zu beschreiben; die Realisierung der Aufgabe sei damit allerdings noch längst nicht herbeigeführt.

Die Frage von Abg. Harbich (CDU) zu Seite 6 des Erläuterungsbandes, welche "weiteren kerntechnischen Anlagen" mit den bei Titel 812 80 ausgewiesenen 4,5 Millionen DM an das KFÜ angeschlossen werden sollten, beantwortet MinDgt Tümpel (MWM) dahin gehend, daß das zum Beispiel der Schnelle Brüter in Kalkar sein könne.

Der Bitte von Abg. Harbich (CDU), das Thema wegen seiner großen Bedeutung in diesem Jahr noch einmal außerhalb der Haushaltsplanberatungen aufzugreifen und dabei auch einen Bericht des Ministers entgegenzunehmen, schließt sich der Ausschuß an. - Der Vorsitzende regt an, in diesem Bericht unter anderem die aktuellen Schwierigkeiten mit den bereits installierten Anlagen und die geplanten Anschlüsse "weiterer kerntechnischer Anlagen" darzustellen sowie einen Vergleich mit den Entwicklungen in den anderen Bundesländern vorzunehmen.

Kapitel 08 020 - Allgemeine Bewilligungen

Unter Hinweis auf die beachtlichen Sprünge in den Haushaltsansätzen bei Titel 526 00 - Erstellung von Gutachten und wissenschaftlichen Untersuchungen - beanstandet Abg. Tschoeltsch (F.D.P.), daß dieser Titel wenig durchschaubar sei. Er könne kein Konzept erkennen, aus dem heraus er beurteilen könnte, ob die Gutachten überhaupt erforderlich seien, und fragt nach den Kriterien für die Ermittlung dieses Haushaltsansatzes.

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
20. Sitzung

15.10.1986
the-ro

MinDgt Tümpel (MWMT) weist darauf hin, daß der Haushaltsansatz 1986 800 000 DM ausgemacht habe und die Ist-Ausgaben 1985 - und zwar auf der Grundlage eines Haushaltsansatzes von ebenfalls 800 000 DM - 766 000 DM betragen hätten. In diesem Jahr seien bei diesem Titel 500 000 DM ausgebracht worden, weil 300 000 DM für die Schäfer-Studie aus dem für die Strukturberichterstattung neu geschaffenen Titel 526 20 in Kapitel 08 030 gezahlt werden sollten. Wie von der Landesregierung bereits in der vorigen Sitzung dargelegt, solle die Strukturberichterstattung im Lande ausgeweitet werden, und in den Kontext dieser Strukturberichterstattung gehöre auch die Schäfer-Studie.

Abg. Tschoeltsch (F.D.P.) fragt nach einem Konzept der Landesregierung, was überhaupt gutachterlich untersucht werden solle. Er könne sich bisher des Eindrucks nicht erwehren, daß hier sowohl im Hinblick auf die Höhe der Ansätze als auch hinsichtlich deren Notwendigkeit ziemlich willkürlich verfahren werde. Möglicherweise sei es aber auch so, daß die Landesregierung nur eine begrenzte Anzahl der von ihr in Aussicht genommenen Vorhaben gutachterlich untersuchen lassen könne.

In der Tat, so stellt MinDgt Tümpel (MWMT) fest, bedeute die Vorgabe durch den Landtag eine Begrenzung dessen, was die Landesregierung hierfür verausgaben könnte. Immerhin sei ja der frühere Ansatz von 1 Million DM auf 800 000 DM gekürzt worden, und innerhalb dieses gekürzten Ansatzes habe die Landesregierung die zur Erfüllung ihrer Gesamtaufgaben als am dringlichsten eingeschätzten Untersuchungen vergeben. Keinesfalls habe die Landesregierung damit alles realisieren können, was ihrer Meinung nach wünschenswert gewesen sei.

Der Minister verweist auf Seite 8 des Erläuterungsbandes, wo die vorgesehenen Untersuchungen im einzelnen aufgeführt seien.

Frau Abg. Thoben (CDU) bezieht sich auf Vorlage 10/563, in der der Finanzminister im September 1986 laufende Gutachten und Forschungsaufträge zusammengestellt habe. Für den Bereich des Einzelplans 08 seien darin zum Beispiel die Themen "Grenz-überschreitendes Aktionsprogramm Raum Westmünsterland - Grafschaft Bentheim-Twente - Oostgelderland" zu Kosten von 125 000 hfl. sowie die "Untersuchung von Möglichkeiten für einen verbesserten Einsatz regionalpolitischer Instrumente - Gutachten zur Fortentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe 'Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur'" zu Kosten von 176 000 DM aufgeführt.

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
20. Sitzung

15.10.1986
the-ro

Diese Gutachten seien allerdings im Erläuterungsband zum Haushalt 1986, der den Beratungen hier im Ausschuß zugrunde gelegen habe, nicht zu finden. Insofern stelle sich die Frage, ob der Minister überhaupt ein Interesse daran habe, diesen Bereich transparent zu machen. Eigenartigerweise würden die genannten Gutachten auch nicht aus dem für Gutachten und wissenschaftliche Untersuchungen vorgesehenen Titel, sondern aus dem die Gemeinschaftsaufgabe betreffenden Titel finanziert - und dies mache die Diskussion über das, was an wissenschaftlicher Beratung geschehe, auch nicht gerade leichter, sondern behindere sie.

Das Gutachten zur Fortentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe ist nach Auskunft von LMR Dr. Becker (MWMT) im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe vergeben worden. Es werde dort etatisiert und mit Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe finanziert, weil auch der Bund Wert darauf lege, an diesem Gutachten beteiligt zu sein.

Das andere angesprochene Gutachten betreffe eine grenzüberschreitende Arbeit, die vom Bundeswirtschaftsminister, dem Landeswirtschaftsminister und dem niederländischen Wirtschaftsminister in die Wege geleitet worden sei. Der Bund habe großen Wert darauf gelegt, über die Gemeinschaftsaufgabe auch finanziell an der Ausarbeitung dieses Gutachtens beteiligt zu sein.

Der Vorsitzende stellt fest, daß die in der Diskussion zum Ausdruck gekommene Annahme, im Titel "Erstellung von Gutachten und wissenschaftlichen Untersuchungen" seien sämtliche vom Wirtschaftsminister vergebenen Gutachten etatisiert, nach den Darlegungen des Wirtschaftsministers nicht zutreffe. Insofern wäre es schon interessant, darüber eine Gesamtübersicht zu bekommen. Möglicherweise könnte man in Zukunft den Erläuterungen zum Haushalt eine solche Zusammenstellung sämtlicher im Einzelplan 08 etatisierter Untersuchungen hinzufügen.

Im übrigen habe er grundsätzlich nichts dagegen einzuwenden, wenn sich ein solcher Haushaltsansatz in seiner Höhe verändere. Das hänge nicht unbedingt mit einer veränderten Konzeption zusammen, sondern es gebe durchaus Aufträge, die wegen ihrer Thematik und ihres Umfangs mehr Mittel erforderten als andere Untersuchungen. Er könne sich daher durchaus vorstellen, daß in kommenden Haushaltsjahren unabhängig von der generellen Finanzlage des Landes wieder Bedarf auftreten könne, den Ansatz aufzustocken.

Abg. Müller (Mülheim/Ruhr) (SPD) bittet das Ministerium um eine Zusammenstellung der im Rahmen des Haushaltsplans 08 über die in diesem Sammeltitle 526 00 hinaus laufenden und beabsichtigten Gutachten. Dabei genüge ihm, wenn datenschutzrechtliche Gründe gegen die Nennung des Gutachters sprächen, die Angabe der Themen.

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
20. Sitzung

15.10.1986
the-ro

Er möchte ferner wissen, ob der angekündigte Ausbau der Strukturberichterstattung möglicherweise auch bedeute, daß weniger Gutachten nach draußen vergeben und mehr im Ministerium selbst erarbeitet werden sollten, so daß sich daraus Auswirkungen auf diesen Titel 526 00 ergäben.

Strukturberichterstattung und Strukturbeobachtung, so erläutert LMR Dr. Becker (MWMT), seien das wesentliche Thema dessen, was sektorale, regionale und technologieorientierte Strukturberichterstattung, Wissenschaftliche Kommission für Wirtschafts- und Strukturpolitik und Strukturpolitischer Beirat beinhalteten. Dies habe zwar schon immer stattgefunden, solle aber - und dies nach seiner Einschätzung unter allgemeiner Zustimmung des Landtags - intensiviert und ausgebaut werden, um Ausmaß und Konsequenzen des strukturellen Wandels in Nordrhein-Westfalen noch besser abschätzen zu können. Ferner sollten handlungsorientierte Entscheidungshilfen für die Struktur-, Beschäftigungs-, Technologie- und Berufsbildungspolitik erarbeitet werden.

Dabei habe das Ministerium die Absicht, mit Hilfe des neuen Ansatzes - Kapitel 08 030 Titel 526 20 - mehr Aufträge als bisher nach außen zu vergeben, allerdings mehr praxis- und politikbezogen und nicht so sehr wissenschaftlich ausgerichtet. Man stelle sich vor, mehr - allerdings kleinere - Aufträge zu vergeben, um daraus von der Wissenschaft zu erfahren, was man sich für die Politik nützlich machen könne.

Frau Abg. Thoben (CDU) ist mit der Antwort auf ihre Frage nach den beiden Gutachten, die in einem anderen Titel etatisiert seien, nicht zufrieden: In der Vorlage 10/563 an den Haushalts- und Finanzausschuß sei bei den Untersuchungen, die von Bund und Land gemeinsam finanziert würden, eine entsprechende Bemerkung angebracht, was bei den beiden von ihr erwähnten Untersuchungen nicht der Fall sei. Auch aus diesem Grunde schließe sie sich der Bitte von Abg. Müller (Mülheim/Ruhr) (SPD) um eine Gesamtübersicht der aus dem Einzelplan 08 finanzierten Untersuchungen an.

Außerdem bitte sie darum, in Verfolg der im Vorjahr vereinbarten Regelung hier im Ausschuß auf ausdrücklichen Wunsch von Ausschußmitgliedern auch die Namen der Gutachter vom Wirtschaftsminister zu erfahren. Denn es dürfte für den Ausschuß insgesamt nicht uninteressant sein, wenn ein einzelner Professor, der nur ein Rechenwerk fortschreibe, von der Landesregierung eine Nebeneinnahme in Höhe von 300 000 DM im Jahr bekomme.

Staatssekretär Vollmer sagt zu, daß man diesem Informationsbegehren selbstverständlich Genüge tun werde.

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
20. Sitzung

15.10.1986
the-ro

Abg. Tschoeltsch (F.D.P.) macht deutlich, daß ihn auch die Ergebnisse aller Gutachten interessierten. Wenn Datenschutzgründe einer Verteilung an alle Ausschußmitglieder im Wege stünden, sollte zumindest den Fraktionen - gegebenenfalls auch vertraulich - das Ergebnis bekanntgemacht werden.

Staatssekretär Vollmer bestätigt die vom Vorsitzenden beschriebene bisherige Handhabung, die auch weiterhin geübt werden sollte: Wenn ein Gutachten abgeschlossen sei, werde dies dem Ausschuß mitgeteilt, und die Ausschußmitglieder könnten auch Einsicht nehmen.

- - - - -

Der Vorsitzende teilt dem Ausschuß an dieser Stelle mit, daß in der noch laufenden Sitzung des Ältestenrats, deretwegen er die heutige Sitzung des Wirtschaftsausschusses nicht habe eröffnen können, für die nächste Plenarsitzung die Durchführung der von der F.D.P. beantragten Aktuellen Stunde zu Äußerungen des Ministerpräsidenten in der Bundestagssitzung am 3. Oktober 1986 zum Verbund von Kohle und Kernenergie vereinbart worden sei; eine Regierungserklärung zur Energiepolitik sei nicht zu erwarten.

- - - - -

Kapitel 08 030 - Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes

Zu Titel 182 10 - Rückflüsse aus bedingt rückzahlbaren Zuschüssen - bittet Abg. Tschoeltsch (F.D.P.) um nähere Erläuterungen.

Staatssekretär Vollmer erklärt, die Regierung erwarte, daß die veranschlagten 25 Millionen DM tatsächlich eingenommen würden. Es handele sich dabei um Mittel, die vor etwa drei Jahren von Bund und Land als Hilfen für die Stahlindustrie gegeben worden seien.

MinDgt Tümpel (MWMT) weist darauf hin, daß es sich um bedingt rückzahlbare Zuschüsse handele und daß in den Verträgen festgelegt worden sei, unter welchen Kautelen sie zurückzuzahlen seien. Die Regierung rechne mit Rückzahlungen in der hier veranschlagten Höhe.

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
20. Sitzung

15.10.1986
the-ro

Minister Dr. Jochimsen macht deutlich, daß auf der Basis der Geschäftslage der letzten Jahre die veranschlagten Ansprüche entstünden - es sei denn, die Grundlagen würden einvernehmlich zwischen Bund und Land geändert.

Unter Bezugnahme auf den von einem Stahlkonzern vorgebrachten nachdrücklichen Wunsch, der Bund möge auf diese Rückzahlungsverpflichtungen verzichten, fragt Frau Abg. Thoben (CDU), ob die Landesregierung in diesem Punkt die Meinung der Bundesregierung teile, daß die Unternehmen die Verträge einhalten sollten. - Der Minister macht darauf aufmerksam, daß Bund und Land hier nur einheitlich handeln könnten. Da die Bundesregierung erklärt habe, daß sie die Verträge nicht ändern werde, könne auch die Landesregierung sie nicht einseitig ändern.

Die Zusatzfrage von Frau Abg. Thoben (CDU), ob die Landesregierung dazu auch keine abweichende Meinung habe, beantwortet der Minister mit dem Hinweis darauf, daß das hier nicht zur Debatte stehe.

Frau Abg. Thoben (CDU) gibt zu bedenken, daß sich die Landesregierung auch sonst trotz bestehender Abmachungen äußere, wenn sie anderer Ansicht als die Bundesregierung sei; ihrer Meinung nach würde die Landesregierung wohl auch hier so verfahren, wenn sie anderer Meinung wäre.

Staatssekretär Vollmer verweist auf den mit dem Bund geschlossenen Vertrag, nur gemeinsam zu handeln. Selbst wenn das Land eine andere Ansicht hätte, könnte es aus vertraglichen Gründen nur mit dem Bund gemeinsam handeln. Im übrigen, so fügt er hinzu, sei es alte juristische Methode, sich nicht zu Fragen zu äußern, die juristisch irrelevant seien.

Abg. Tschoeltsch (F.D.P.) wendet sich dem neuen Titel 526 20 - Sektorale, regionale und technologieorientierte Strukturberichterstattung, Wissenschaftliche Kommission für Wirtschafts- und Strukturpolitik, Strukturpolitischer Beirat - zu. Mit dem Einstieg in den Strukturpolitischen Beirat habe die Landesregierung eine gewerkschaftliche Forderung übernommen. Er bittet um Erläuterungen, warum die Landesregierung die Einsetzung eines solchen Beirats im kommenden Haushaltsjahr für erforderlich halte.

Minister Dr. Jochimsen erinnert daran, daß diese Initiative bereits Bestandteil seiner Ankündigungen für diese Legislaturperiode im Herbst 1985 gewesen sei. Auch in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten sei die Absicht bekundet worden, die sektorale, regionale und technologieorientierte Strukturberichterstattung auszubauen. Das decke sich mit gewerkschaftlichen Forderungen, daß man hierüber besser Bescheid wissen müsse.

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
20. Sitzung

15.10.1986
the-ro

Wenn in der Frage unterstellt sein sollte, daß es hierbei um Überlegungen in Richtung auf paritätische Räte ginge, so sei das in diesem Titel weder angelegt noch damit beabsichtigt.

Was die Regierung bewogen habe, diesen Weg zu gehen, sei die Überzeugung, wie nützlich und erforderlich es sei, über detailliertere Kenntnisse und Bewertungen des Fortschreitens des Strukturwandels im Lande zu verfügen.

Er wolle bei dieser Gelegenheit eine Ungenauigkeit richtigstellen, die ihm möglicherweise in der letzten Ausschußsitzung unterlaufen sei: Wenn der Eindruck entstanden sei, daß der Bund seine Strukturberichterstattung eingestellt habe, so treffe das nicht zu. Es gebe Untersuchungsprogramme des Bundes. Die fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute bekämen jährliche mehrere Millionen DM, um im Auftragswege über die Konjunkturforschung hinaus strukturelle Fragen zu untersuchen. Es handele sich dabei um nützliche und wichtige Untersuchungen, die er nicht missen wolle, die jedoch nicht den regionalen Bezug zu Nordrhein-Westfalen herstellten, der aber wiederum für die Landesregierung ebenfalls von Bedeutung sei.

Ein Beispiel dafür sei die Frage, wie sich das entwickle und wie man das statistisch besser messen könne, was man produktions- oder geschäftsbezogene Dienstleistungen in Relation zur Industrieproduktion nennen könne. Die amtliche Statistik gehe davon aus, daß hier der wirtschaftliche Schwerpunkt entscheidend sei: Wenn ein Unternehmen überwiegend industrielle Fertigung betreibe, rechne es zum verarbeitenden Gewerbe; wenn es überwiegend plane oder berate, werde es dem tertiären Bereich zugerechnet. Da aber gegenwärtig so viele Vokabeln in der Welt seien - etwa: "Weg von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft" -, wäre es seines Erachtens sehr sinnvoll, die Wissenschaft etwas stärker zu beteiligen, aber auch Arbeitnehmer und Arbeitgeber in das Gespräch einzubeziehen, um im beiderseitigen Interesse liegende Fragen aufzuarbeiten.

Er sehe sich in seiner Auffassung dadurch bestätigt, wie die Schäfer-Studie nach anfänglichem Widerstand aufgegriffen worden sei, die in seinen Augen ein sehr nützliches Vehikel für eine verbesserte Diskussion im Lande darstelle. Er erinnere daran, daß man zunächst im Sinne einer neuen Schuldzuweisung darüber diskutiert habe, wer denn beispielsweise hinsichtlich der Produktinnovation versagt habe. Schließlich aber habe sich herausgestellt, daß dies eine Aufgabe für alle Beteiligten sei, die dann Auswirkungen auf Qualifikation, auf Forschungsunterstützung, auf Entwicklungsarbeiten und viele andere Dinge mehr habe.

So stünde es auch in diesem Falle dem Land gut an, etwas mehr über den wirtschaftlichen und technologieorientierten Strukturwandel zu wissen, der tatsächlich stattfindet, und sich Gedanken darüber zu machen, wie er weitergehen könnte. Dies sei die Absicht - und nicht mehr.

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
20. Sitzung

15.10.1986
the-ro

Dem widersprechen nach Ansicht von Frau Abg. Thoben (CDU) die Art und der Umfang der geplanten Institutionalisierung. Die Schäfer-Studie habe es ohne Kommission und ohne Beirat gegeben, und die Strukturberichterstattung der fünf wirtschaftswissenschaftlichen Institute in der Bundesrepublik erfolge getrennt in den fünf Instituten, die dann jeweils ihren Bericht - teils in allgemeiner Form, teils zu Spezialfragen - dem Bundeswirtschaftsministerium zugänglich machten.

Unter dem hier zur Diskussion stehenden Titel sei jedoch nach ihrem Verständnis etwas anderes geplant: Es solle zunächst eine Kommission aus Wissenschaftlern berufen werden. Sie fragt, an welchen Umfang dabei gedacht sei, welche Namen dem Minister vorschwebten, ob die Kommission laufend Geld von der Landesregierung bekommen solle und ob die Gutachterarbeiten am Konjunkturmodell und an der Wachstumsstudie parallel liefen oder Material für die Kommission bildeten. Sie möchte ferner wissen, wer in den Beirat berufen werde und welche Aufgabe denn dem Beirat zukomme: ob dieser die wissenschaftliche Zuarbeit der Kommission begutachte, bevor der Minister sich eine Meinung bilde.

Der Minister weist darauf hin, daß man zur Zeit mit der Vorbereitung beschäftigt sei und daß man nicht Modellen wie dem Sachverständigenrat nacheifere, wo dies ja institutionalisiert sei. Man wolle vielmehr in einem Arbeitskreis den wissenschaftlichen Sachverstand mobilisieren.

Bevor Aufträge vergeben würden, wolle man sich vergewissern, wie dieses Vorhaben von interessierten Partnern in der Wirtschaft beurteilt werde, und die Frage erörtern, was man noch zusätzlich unternehmen könne. Man wolle in einen Dialog eintreten, der etwas intensiver sei als das, was anhand der von ihm als entscheidend wichtig betrachteten Schäfer-Studie möglich geworden sei, mit der statistisch ein ganz bedeutsamer Einstieg in die Aufgabe gelungen sei, die Produktpalette und ihre Entwicklung zu dokumentieren und zu erkennen, wie dies in den verschiedenen Regionen und den unterschiedlichen Bereichen im Lande vor sich gehe.

Er wolle diesen Ansatz weiter nutzen, aber nicht etwa in Konkurrenz zu irgend jemandem, der andere Programme vererbe, auch nicht in einer Institutionalisierung, die die dem Land hier gebotene Möglichkeit in einem völlig falschen Licht erscheinen lassen könnte.

Im übrigen sei die Absicht, die hiermit verfolgt werde, in den bisherigen Gesprächen von allen Seiten verstanden worden, so daß er keine Schwierigkeiten sehe, mit diesem Vorhaben voranzukommen. Namen könne er jedoch noch nicht nennen; denn man finde sich, wie schon erwähnt, in der Vorbereitung, und der Haushalt solle ja erst die Voraussetzungen dafür schaffen.

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
20. Sitzung

15.10.1986
the-ro

Abg. Tschoeltsch (F.D.P.) möchte wissen, an welche "gesellschaftlichen Gruppen" über die Arbeitnehmer und Arbeitgeber hinaus gedacht sei, die ausweislich der Seite 14 des Erläuterungsbandes "am Prozeß der Meinungsbildung sowie dem Gedanken- und Informationsaustausch über Fragen der Wirtschafts-, Struktur- und Technologiepolitik auf Landesebene beteiligt werden" sollten.

Der Minister macht geltend, daß man sich noch im Stadium der Überlegungen befinde. Es kämen diejenigen in Betracht, die etwas zu dem Thema beitragen könnten. Dies wolle er auch mit den Arbeitnehmern und Arbeitgebern besprechen. Allerdings wehre er sich dagegen, von vornherein in ein Proporzdenken zu verfallen.

Der Vorsitzende hält es für selbstverständlich, daß bei der erstmaligen Ausbringung einer solchen Haushaltssposition grundsätzlichen Fragen dazu gestellt werden. Andererseits dürfe man nicht übersehen, daß der Haushalt noch nicht beschlossen sei und deswegen die Landesregierung noch keine endgültigen Entscheidungen getroffen haben könne. Er gehe davon aus, daß dem Ausschuß im Laufe des kommenden Jahres sowieso über das Anlaufen und den Fortgang dieses Projektes berichtet werde.

Abg. Müller (Mülheim/Ruhr) (SPD) bezieht sich auf Aussagen des Ministers, daß er in diesem Vorhaben ein Informations- und Diskussions-, aber auch ein Beratungsforum sehe. Er fragt, ob aus solchen Beratungen letzten Endes auch Konzeptionen hervorgehen könnten, wie sie beispielsweise in dem Außenwirtschaftskonzept des Wirtschaftsministers entwickelt worden seien.

Dies schließe er nicht aus, erklärt Minister Dr. Jochimsen, obwohl es nicht das primäre Ziel sei. Primäres Ziel seien die Beobachtung und die Berichterstattung, wofür nach seiner Überzeugung in Nordrhein-Westfalen eine große Notwendigkeit bestehe. Er merkt an, daß in anderen Regionen der Bundesrepublik jeder genau wisse, was in Nordrhein-Westfalen passiere. Nur in Nordrhein-Westfalen selbst wisse man darüber noch zu wenig. Dies gelte es zu ändern. Ihm liege daran, zur Versachlichung dieser Diskussion beizutragen.

Unter Hinweis darauf, daß der Beirat und die Kommission auch auf dem Felde der Berufsbildungspolitik tätig werden sollten, fragt Frau Abg. Thoben (CDU), ob der bestehende Landesausschuß für Berufsbildung dafür aufgelöst werden solle.

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
20. Sitzung

15.10.1986
the-ro

Der Minister verneint diese Frage und macht darauf aufmerksam, daß er diesen auf der Grundlage des Berufsbildungsgesetzes bestehenden Landesausschuß, der eine ganz wichtige Funktion wahrnehme, gerade erst wieder für fünf Jahre berufen habe. Hier aber gehe es darum, Ausmaß und Konsequenzen des strukturellen Wandels noch besser abschätzen zu können und Entscheidungshilfen für die Berufsbildungspolitik zu gewinnen. Deswegen würden aber nicht bestehende Institutionen, die bewährte und wichtige Arbeit leisteten, zur Disposition gestellt. Bei dem neuen Projekt gehe es darum, ob man aus der intensivierten Strukturbeobachtung und Strukturbericht-erstattung neue Erkenntnisse gewinnen und Schlußfolgerungen ziehen könne.

Den Zwischenruf von Frau Abg. Thoben (CDU), daß der Landesausschuß dies auch tue, bestätigt der Minister und fügt hinzu, daß er es auch weiterhin tun solle. Er erinnert in diesem Zusammenhang an den in der vorigen Legislaturperiode von der CDU gestellten Antrag, jährlich Technologieberichte vorzulegen, Qualifikationsprofile zu entwickeln und dergleichen mehr. Dies sei die Antwort der Landesregierung darauf, nämlich der Ausbau der Strukturberichterstattung. Das geschehe aber nicht unter dem Anspruch, flächendeckend zu erfolgen und Ersatz für alles bisher Vorhandene und Bewährte zu sein, sondern sei als ein weiterer Beitrag zu verstehen. Er rate dazu, die Arbeit erst einmal in Ruhe anlaufen zu lassen.

Wenn, so führt Frau Abg. Thoben (CDU) aus, sich der Minister so viele Gedanken gemacht habe, den Wünschen der Gewerkschaften in diesem Bereich nachzukommen, und wenn dazu zwei Institutionen geschaffen würden, dann müsse in irgendeiner Weise auch das Zusammenspiel geregelt sein zwischen denen, denen eigentlich die politische Verantwortung obliege und die dafür bezahlt würden, sowie jenen, die man sich von außen hinzuhole, um - zugespitzt formuliert - vor der politischen Entscheidung eine "Vergesellschaftung der Entscheidungsfindung" zu erreichen. Sie fragt, wie aus der Sicht des Ministers das Zusammenwirken zwischen diesen beiden Seiten geplant sei.

Minister Dr. Jochimsen stellt fest, jeder Ressortminister habe politische Verantwortung wahrzunehmen, und keiner dieser Schritte sei dazu angetan, diese Verantwortung abzulösen. Hier würden nicht Institutionen geschaffen, um an die Stelle von irgend etwas anderem zu treten. Vielmehr gehe es darum, wie man sich besser über das vergewissern könne, was im Lande geschehe, wie man es bewerten und einschätzen könne.

In diesem Sinne habe er auch vielfältige Initiativen der CDU in der vorigen Legislaturperiode verstanden. Damals habe die Landesregierung betont, daß sie nicht jährlich Technologieberichte abgeben, aber Formen entwickeln werde, wie man sich besser darüber informieren könne.

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
20. Sitzung

15.10.1986
the-ro

Daß die Gewerkschaften so etwas wünschten, spreche nur für sie. Im übrigen hielten auch andere es für richtig, verbesserte Grundlagen zu schaffen.

Beirat und Kommission seien nicht Institutionen, die in die Nähe dessen rückten, was die F.D.P.-Fraktion zum Landesentwicklungsbericht beantragt habe; sie seien vielmehr die Antwort der Landesregierung, wie man sich vernünftiger, besser und transparenter über den eigenen Informations- und Kenntnisstand verständigen könne. Er sehe das auch als einen Beitrag zum gesellschaftlichen Dialog im Lande Nordrhein-Westfalen an.

Frau Abg. Thoben (CDU) möchte wissen, ob Professor Schäfer die beiden laufenden Gutachten, die in den letzten Jahren unter dem Titel "wissenschaftliche Gutachten" aufgetaucht seien, auch für diese Kommission fortführen werde, ob also die 300 000 DM in dem Ansatz von 1 Million DM für die Strukturberichterstattung enthalten seien. Sie fragt ferner, wann der Minister die am Beirat beteiligten "gesellschaftlichen Gruppen" benennen könne.

Beim Titel "wissenschaftliche Gutachten" werde das etatisiert, was anderswo nicht etatisiert werden könne, erläutert Minister Dr. Jochimsen. Der von Frau Abg. Thoben (CDU) angesprochene Bereich sei übertragen.

Er rechne damit - und wolle dies auch gern -, dem Ausschuß Anfang des nächsten Jahres, also im Februar/März 1987, berichten zu können.

Die Frage des Vorsitzenden zu Titel 541 00 - Kosten für Präsentationsmaßnahmen im Rahmen der Hannover-Messe -, ob die Beteiligung des Landes an der Hannover-Messe eine ständige Einrichtung sein solle, bejaht Staatssekretär Vollmer.

Abg. Skorzak (CDU) fragt, ob sich Land, ZENIT und Wirtschaftsförderungsgesellschaft nicht in einer gemeinsamen Maßnahme auf der Hannover-Messe vorstellen könnten.

Minister Dr. Jochimsen stellt klar, daß ZENIT und die Wirtschaftsförderungsgesellschaft auch bisher schon auf dem Nordrhein-Westfalen-Stand vertreten gewesen seien und nicht etwa getrennt ausgestellt hätten. Dies solle auch in Zukunft so bleiben.

Grundsätzlich sei er der Meinung, daß Nordrhein-Westfalen mit einem eigenen Pavillon an vernünftiger Stelle auf der Hannover-Messe präsent sein müsse. Immerhin seien 40 % der Aussteller in

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
20. Sitzung

15.10.1986
the-ro

Hannover nordrhein-westfälische Firmen. Die Landesregierung wolle dort einen Unternehmens-Treff einrichten, und er lege natürlich großen Wert darauf, daß die verschiedenen Institutionen auf dem Nordrhein-Westfalen-Stand vertreten seien.

Abg. Apostel (SPD) regt an, den nordrhein-westfälischen Hochschulen, die etwas darzustellen hätten, ebenfalls eine gewisse Fläche auf dem Nordrhein-Westfalen-Stand einzuräumen, weil ein eigener Stand für die Hochschulen sehr teuer sei.

LMR Schöde (MWMT) verweist auf die Raumplanung der Ausstellungsgesellschaft der Hannover-Messe, wonach alle Hochschulen und Forschungstransferereinrichtungen in einer Halle zusammengefaßt seien, während der Pavillon des Landes an einer anderen Stelle plaziert sei.

Dem von Abg. Apostel vorgetragenen Anliegen könne man nur teilweise dadurch Rechnung tragen, daß man den Hochschulen Gelegenheit gebe, sich gewissermaßen exemplarisch im Nordrhein-Westfalen-Pavillon zu zeigen. Dies sei so besprochen und werde geschehen.

Der Vorsitzende möchte wissen, ob man es nach dem Sprung des Haushaltsansatzes von 352 000 DM in 1985 auf 1 Million in 1986 und in 1987 nunmehr mit einer Größenordnung zu tun habe, von der man auch für die Zukunft ausgehen könne.

MinDgt Tümpel (MWMT) weist darauf hin, daß die ursprünglich eine Hannover-Messe 1986 in die zwei Messen "CeBit" und "Industrie" geteilt worden sei. Deswegen sei 1986 die Erhöhung des Haushaltsansatzes erforderlich gewesen.

Der Minister fügt hinzu, 1986 habe sich die Landesregierung entschieden, einen eigenen Stand für beide Messen vernünftig auszurüsten. Die Frage der Beteiligung an CeBit habe man erneut kritisch geprüft und sie für 1987 ebenfalls positiv entschieden. Das Land werde dort einen Aufbau haben, der für beide Messen genutzt werden könne. Die Hochschulen würden, wie von LMR Schöde dargelegt, mit Beispielen einbezogen, da eine alle Hochschulen abdeckende Einbeziehung auf diesem Stand nicht möglich sei.

Die Frage, ob sich das Land auf Dauer an beiden Messen beteiligen sollte, sei aus seiner Sicht offen; denn man könne noch nicht einschätzen, wie sich CeBit entwickeln werde. Die Entscheidung aber, als Land Nordrhein-Westfalen auf der Hannover-Messe vertreten zu sein, habe sich sehr günstig ausgewirkt. Er erinnert in diesem Zusammenhang daran, daß seit Jahren der Ministerpräsident, der Wissenschaftsminister und er als Wirtschaftsminister jeweils einen Tag lang in Hannover präsent gewesen seien.

Ausschuß für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
20. Sitzung

15.10.1986
the-ro

Die Entscheidung, welche Beteiligung im einzelnen in den Jahren 1988 ff. sinnvoll sei, sei durchaus noch offen.

Unter Hinweis auf die erhebliche Ansatzserhöhung bei Titel 682 10 - Zuschüsse zu den Betriebskosten der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung in Nordrhein-Westfalen mbH -, die im wesentlichen mit der Durchführung einer bundesweiten Werbekampagne begründet werde, fragt Abg. Skorzak (CDU), ob auch andere Bundesländer in dieser Intensität Werbung betrieben.

Er erkundigt sich außerdem nach dem Erfolg der in den Vereinigten Staaten, Kanada, Japan und anderen Ländern durchgeführten Werbemaßnahmen und Seminare.

Minister Dr. Jochimsen legt dar, die Bundesländer betrieben ohne Ausnahme aktive Imagewerbung, und Nordrhein-Westfalen könne es sich seines Erachtens nicht leisten, sich auf diese Weise von einem anderen Bundesland den Rang ablaufen zu lassen. Insofern halte er eine Imagewerbung Nordrhein-Westfalens in der Bundesrepublik für erforderlich.

Die Tätigkeiten beispielsweise in Japan und den USA erreichten bei weitem nicht diese Dimension. Darüber werde jeweils im Beirat der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung gesprochen, der zu diesem Zweck eingerichtet worden sei. Er könne dem Ausschuß dazu gern eine Informationsunterlage zukommen lassen. Hier seien mühsam erarbeitete Erfolge zu verzeichnen, die weniger durch Anzeigen als durch intensive Personaltätigkeit zustande gekommen seien. Man habe gerade jetzt die Weichen dafür gestellt, wie dies mit Blick auf das europäische Ausland, die USA und Japan sinnvoll weitergeführt werden könne.

Zur Frage von Abg. Skorzak (CDU) nach dem Aufwand der anderen Bundesländer nimmt LMR Schöde (MWMT) Stellung: Aus der Zahl der Anzeigen im "Spiegel" und im "Stern", deren Preis bekannt sei, könne man rückrechnen, was ungefähr dafür aufgewendet werde. Wenn ein bestimmtes Land fünfmal hintereinander dort werbe, dann komme man mindestens auf die gleichen - nach seiner Einschätzung sogar auf sehr viel höhere - Summen, als sie im Haushalt NW in Rede stünden. Minister Dr. Jochimsen kündigt an, man werde versuchen, eine solche Hochrechnung anzustellen.

Abg. Heinemann (Enger) (CDU) geht auf die Haushaltserläuterungen ein, wonach die Gesellschaft stärker in die Maßnahmen zur Verbesserung der Außenwirtschaftsbeziehungen des Landes eingebunden werden solle. Er fragt, ob dies durch eine Ausweitung des Instrumentariums oder nur auf dem Wege einer Ausweitung der Mittel bei den bestehenden Maßnahmen erfolgen solle.